



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Verpflichtung eines digitalen Zahlungssystems für Wahlfreiheit beim Bezahlen, Vorhaben gemäß Koalitionsvertragsvertrag

Aktuell seit 30.09.2026 11:32:46

Angegeben von:

Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. (R001299) am 19.11.2025

Beschreibung:

Austausch zu im Koalitionsvertrag verankerten Plänen, im Handel neben Bargeld, ein digitales Zahlverfahren verpflichtend einzuführen. Hinweis auf die Bedeutung der girocard als nationales /europäisches Zahlverfahren und wichtigste und meistgenutzte Debitkarte in Deutschland. Ansprache des zuständigen Ressorts der Bundesregierung sowie von ausgewählten Mitgliedern des Bundestags.

Betroffene Interessenbereiche (3)

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2608310001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.08.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]